

Griechenlandkrise:

Kredithilfe an gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik und Finanzumsatzsteuer koppeln!

Premier Jean-Claude Juncker
Présidence du Gouvernement
Luxemburg

Luxemburg, den 6. Mai 2010

Sehr geehrter Herr Premierminister,

Die Krise Griechenlands berührt die Grundfeste der Währungsunion und der politischen Gemeinschaft EU. Wir stehen vor einer Bewährungsprobe und vor wichtigen politischen Herausforderungen.

Es steht außer Frage, dass wir zu dieser Stunde Griechenland Hilfe zuteil kommen lassen müssen. Das gebietet die europäische Solidarität und das erfordert die ökonomische Vernunft. Die Grünen lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie fest hinter einer schnellen Kredithilfe stehen.

Von extremer Bedeutung ist jedoch auch, Griechenland und andere EU-Mitgliedstaaten vor weiteren Exzessen der internationalen Spekulanten zu schützen. Diese Krise appelliert daher nicht nur an unsere Solidarität, sie ermahnt uns ein weiteres Mal, die Finanzmärkte strengeren Regeln zu unterwerfen. Denn bisher haben die europäischen Regierungen die Zeichen der Zeit noch immer nicht verstanden.

Wir appellieren daher an Ihre Verantwortung als Vorsitzender der Euro-Gruppe, sich jetzt für tiefgreifendere strukturelle Reformen einzusetzen. Folgende grundlegende Herausforderungen stellen sich:

- **Kurzfristig muss die Schuldenkrise Griechenlands gelöst und dabei Rücksicht auf soziale Verwerfungen genommen werden.**
- **Mittelfristig muss ein geordnetes Verfahren im Umgang mit Schuldenkrisen innerhalb der Währungsunion entwickelt werden, das auch die Gläubiger nicht aus ihrer Verantwortung entlässt.**
- **Schließlich führt kein Weg daran vorbei, die Währungsunion stärker und verbindlich wirtschaftspolitisch zu koordinieren und Spekulation durch eine Finanzumsatzsteuer einzudämmen. Diese Maßnahmen sollten im Rahmen der Kredithilfen an Griechenland auf den Weg gebracht werden.**

1) Soziale Gerechtigkeit ist eine Bedingung für den Erfolg der Reformen in Griechenland. Dafür sollten Sie sich bei den anderen EU-Regierungen stark machen.

Die Finanzhilfen geben der griechischen Regierung Zeit, ihre notwendigen Reformen umzusetzen. Deren Erfolg hängt allerdings auch davon ab, dass sie nicht in sozialer Schieflage umgesetzt werden. Gerade die Vermögenden haben in Griechenland in den vergangenen Jahren kaum Steuern bezahlt und von vielen Privilegien und der weit verbreiteten Korruption profitiert.

2) Die Banken haben an den griechischen Staatspapieren verdient und müssen sich an der Rettungsaktion beteiligen.

Banken dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden: es ist nicht hinnehmbar, dass die Allgemeinheit die Verluste trägt und die Banken die Gewinne einstreichen.

3) Wir brauchen ein geordnetes Verfahren zur Umschuldung. Es soll Euro-Mitgliedern eine Refinanzierungsmöglichkeit über die Währungsunion und Schutz vor der Willkür der Finanzmärkte bieten.

Es muss über neue Prozeduren im Umgang mit Schuldenkrisen nachgedacht werden. Mitglieder der Eurozone müssen vor Spekulation geschützt werden; verschuldeten Ländern muss ein Ausweg aus der Schuldenfalle, beispielsweise über IWF-Mittel und eine europäische Umschuldungskonferenz, ermöglicht werden.

4) Die Grünen verlangen schon seit längerem eine öffentlich-rechtliche Rating-Agentur und eine Stärkung der Kompetenzen von Eurostat.

Wichtig ist, die Dominanz der internationalen Rating-Agenturen zu brechen: Die Euro-Länder sollen nur noch von der Beurteilung solcher Rating-Agenturen abhängig sein, die der Euro-Stabilität verpflichtet sind. Auch muss Eurostat mehr Rechte bekommen, gegen Manipulationen der nationalen Statistikämter einzuschreiten.

5) Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Hilfen an Griechenland mit der Bedingung verknüpfen, dass in der EU schnell über die Einführung einer Finanzumsatzsteuer und einer real koordinierten Wirtschaftspolitik entschieden wird.

Die fortwährenden Krisen und Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die ungenügenden Antworten der Politik beweisen: Die Währungsunion braucht eine strengere politische Koordinierung.

Luxemburg sollte sich als Gründungsmitglied der EU und einer der wichtigsten Wegbereiter der Währungsunion dafür einsetzen, dass dieser

Mangel endlich behoben wird. In wichtigen Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik brauchen wir eine stärkere Harmonisierung von Standards der EU. Notwendig sind beispielsweise stärker harmonisierte Arbeitnehmerrechte und eine EU-Unternehmenssteuer. Nur so kann das sinnlose Steuerdumping zwischen den EU-Mitgliedstaaten unterbunden werden.

Die von uns vorgeschlagene europäische Finanzumsatzsteuer ist eines der Mittel gegen spekulative Exzesse und dient zugleich dem Ziel, die Einnahmen der EU stärker zu europäisieren.

Alle diese Maßnahmen sind politisch akut und schreiben sich auch in die Geschichte der EU ein. Am 9. Mai begehen wir den 60. Geburtstag der Schuman-Erklärung. Mit dieser wurde die Grundlage der Europäischen Gemeinschaft gelegt. Schuman hat in seiner Erklärung deutlich gemacht, dass die EU Schritt für Schritt vorankommen müsse, ein fortlaufendes Projekt sei und sich dabei ständig neuen Notwendigkeiten stellen müsse.

Sechs Jahrzehnte nach dieser Grundsteinlegung ist die Zeit gekommen, die Mängel der Währungsunion laut und deutlich anzusprechen und zu überwinden: Die EU braucht strenge Regeln zur Organisation der Finanzmärkte. Und sie braucht eine weitaus intensivere Koordination ihrer Wirtschaftspolitik. Nur so wird die Währungsunion Bestand und die politische Union Stabilität haben.

Als Euro-Vorsitzender sollten Sie das Gebot der Stunde erkennen und die tiefe Krise nutzen, um Verantwortung und Führung zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dany Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender, Grüne im Europaparlament

François Bausch, Fraktionspräsident, déi gréng

Claude Turmes, Europaabgeordneter, déi gréng